

Thomas Koch
Alexandra Gwerder-Fegble
Andreas Gysler
Roman Hermann
Beat Lüthi
Roman Schafflützel
Nicolo Taddei

Gemeinderatspräsident
Nicolas Rasper
Etzelstrasse 6
8820 Wädenswil

Wädenswil, 29. August 2024

Schriftliche Anfrage betreffend polizeiliche Einsätze

Ausgangslage:

Wädenswil ist dabei, sich immer mehr zu einer Grossstadt zu entwickeln. Was die einen begrüssen mögen, sehen andere kritischer und es ist in jedem Fall auch mit negativen Begleiterscheinungen verbunden. Die Bewohner kennen sich mit zunehmender Verstädterung gegenseitig immer weniger. Ungewöhnliche Vorgänge in der Nachbarschaft werden nicht mehr erkannt oder man schaut gleichgültig weg. Diese Entwicklung können sich Individuen zu Nutze machen, die es mit unseren Gesetzen und der Rücksichtnahme auf andere nicht so genau nehmen. Sie agieren und verschwinden dann in der Anonymität.

Die FDP/BFPW Fraktion stört sich daran, dass die Polizei immer mehr Einsätze hat, über die die Öffentlichkeit keine Informationen mehr erhält, die Bevölkerung weiss nicht, was, wie und wo vorgefallen ist. Die kantonale Polizeistatistik bestätigt unseren Eindruck. Im Jahr 2021 gab es in Wädenswil 812 Straftaten und im Jahr 2022 waren es 1'097 Vorfälle. Das ist eine Zunahme von 35%. Im Jahr 2023 gab es 1'034 Straftaten, was ebenfalls eine enorme Zunahme gegenüber 2021 und einen Verbleib auf hohem Niveau darstellt.

Wir bitten den Stadtrat um Antworten, wie er die Situation einschätzt und welche Massnahmen getroffen werden können, damit die Öffentlichkeit von den verübten Straftaten wieder in angemessener Weise erfährt und dadurch mehr sensibilisiert wird. Selbstverständlich unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes.

Fragen an den Stadtrat:

1. Wie viele Straftaten gegen Leib und Leben wurden in den Jahren 2021, 2022 und 2023 in Wädenswil verübt?
2. Hat die angeordnete, erhöhte Asylaufnahme mehr polizeiliche Einsätze und Verzeigungen zur Folge?
3. Wie viel Prozent der ermittelten Täter, gegen die im Zusammenhang mit Straftaten gegen Leib und Leben ermittelt wurde, haben einen Asyl- / Schutzstatus oder gar keine Niederlassungsbewilligung?
4. Gibt es Brennpunkte für derartige Straftaten, z.B. Bahnhof, Seeplatz, Schulhäuser oder Asylunterkünfte?

5. Wie hat die Soziokultur ihr Konzept angepasst oder beabsichtigt es anzupassen, um auf die erhöhte Anzahl von Straftaten zu reagieren?
6. Wie werden Straftaten gegen Leib und Leben, aber auch andere Verbrechen und Vergehen öffentlich kommuniziert und wie möchte der Stadtrat diese Kommunikation in Zukunft verbessern?

Die FDP/BFPW Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.